

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Aline Trede, GB) vom 14. Januar 2010: Klimafreundliche Stadt: Nach Kopenhagen muss Bern handeln und CO2-Emissionen senken (10.000024)

In der Stadtratssitzung vom 2. Dezember 2010 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Die Resultate der Klimakonferenz vom Dezember 2009 in Kopenhagen sind ernüchternd. Die internationale Staatengemeinschaft konnte sich nicht auf verbindliche Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und für die Senkung der CO2-Emissionen einigen. Die Probleme des Klimawandels werden weiterhin auf die lange Bank geschoben. Es braucht auf allen Ebenen weitere Massnahmen um den CO2-Austausch zu senken.

Unter dem Motto „Cities Act“ haben sich in Kopenhagen 80 Stadtpräsidentinnen und Bürgermeister aus der ganzen Welt am „Climate Summit for Mayors“ versammelt, darunter auch Delegationen aus Zürich (Stadtpräsidentin) und Basel-Stadt (Regierungspräsident). Diese versammelten Städte gehen bereits heute mit gutem Beispiel voran und verfolgen Ziele und Strategien, die oftmals über die nationalen Programme zum Klimaschutz hinausgehen.¹

Auch die Stadt Bern hat sich in ihrer Energiestrategie 2006-2015 konkrete Ziele gesetzt. So sollen u.a. bis 2015 der Verbrauch fossiler Energien und die CO2-Emissionen um 10 Prozent gesenkt werden. Zur Umsetzung laufen seit 2007 städtische Programme, u.a. die Klimakampagne „Bern atmet durch“² im Rahmen der Lokalen Agenda 21 und die Klimaplattform³. Die Kampagne „Bern atmet durch“ startete mit dem Ziel, innerhalb eines Jahres 1000 Tonnen CO2 einzusparen. Herzstück der Kampagne waren die Gründung der Klimaplattform der Wirtschaft sowie die Bereitstellung eines Klimabüchleins mit Spartipps für die Bevölkerung. Die Klimaplattform trägt mit den freiwilligen Projekten ihrer Partner zum Ziel der Stadt Bern bei, bis ins Jahr 2015 den Verbrauch fossiler Energie und den CO2-Ausstoss um 10% zu senken. Im Jahr 2008 konnten durch Projekte der 41 Partner insgesamt über 2000 Tonnen CO2 eingespart werden. Im Jahr 2009 ist eine weitere Reduktion des CO2-Ausstosses von 2000 Tonnen vorgesehen.

Die Energiestrategie ist auf 10 Jahre angelegt und zur Halbzeit erscheint für das Jahr 2010 eine Zwischenbilanz über den Grad der Zielerreichung sinnvoll.

Der Gemeinderat wird daher gebeten folgende Punkte zu prüfen:

1. Es ist dem Stadtrat eine Zwischenevaluation über die Zielerreichung der Energiestrategie zu unterbreiten, insbesondere ist aufzuzeigen, ob mit den bisherigen (freiwilligen) Massnahmen das Ziel der 10%igen CO2-Reduktion erreicht wird.
2. Aufgrund der Zwischenbilanz ist aufzuzeigen, ob und wie die gesteckten Ziele bis 2015 erreicht werden können und ob dafür allenfalls ein weitergehender Massnahmenplan notwendig ist.
3. Im Hinblick auf eine Aktualisierung und Überarbeitung der Energiestrategie 2006-2015 ergreift die Stadt Bern weitergehende Schritte zur Reduktion der CO2-Emissionen und setzt sich entsprechende Ziele (Richtwert: mind. minus 30%).

¹ <http://www.climatesummitformayors.dk>

² <http://www.bernatmetdurch.ch>

³ <http://www.klimaplattform.ch>

4. Die Stadt Bern setzt sich zum Ziel, ihre Erfahrungen und Bemühungen mit anderen Städten national und international zu koordinieren und zu vernetzen.

Bern, 14. Januar 2010

Postulat Fraktion GB/JA! (Nathalie Imboden/Aline Trede, GB), Stéphanie Penher, Rahel Ruch, Hasim Sancar, Jeannette Glauser, Christine Michel, Lea Bill, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die im Postulat geäusserte Ansicht, dass im Bereich des Klimaschutzes auch nach Kopenhagen bedauerlicherweise noch immer nicht genug unternommen wird, um die Klimagasemissionen zu senken. Er hat mit Bedauern festgestellt, dass sich die Diskussion um die Klimaerwärmung verändert hat: Während bis anhin Lösungen zur Reduktion der Klimagasemissionen gesucht wurden, ist nun eine Diskussion angebrochen, welche die Anpassung an den als Fact angenommenen Klimawandel erwägt. Es wird beispielsweise auf eine Studie aus dem Jahr 2008, mit dem Titel *IDA Klima - Handlungsfeld Auswirkungen und Anpassungen an den Klimawandel - Synopse Anpassungsstrategien EU-Raum*⁴ hingewiesen.

In der Zusammenfassung der 2008 erschienenen Studie ist unter anderem Folgendes zu lesen:

Zitat: „Das BAFU hat die econcept AG beauftragt, zuhanden der Kerngruppe des Interdepartmentalen Ausschuss Klima (IDA-Klima) zum Handlungsfeld „Auswirkungen und Anpassung an den Klimawandel“ einen Überblick über den Stand der nationalen Anpassungsstrategien ausgewählter Länder des EU-Raumes zu erstellen. Ausgewählt wurden die Anpassungsstrategien von Finnland, Schweden, Dänemark, Deutschland und Frankreich.

Die Untersuchung zeigt, dass in diesen Ländern eine nationale Anpassungsstrategie entwickelt wird, die die Massnahmen zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen ergänzt. Die Länder stellen von einer eingleisigen auf eine zweigleisige Strategie um, weil die eingeleiteten Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen die Auswirkungen des Klimawandels in den kommenden Jahrzehnten zwar abschwächen aber nicht gänzlich aufhalten werden können.“ Ende Zitat

Auch der Kanton Bern hat sich der Thematik mit einem 54-seitigen Grundlagenbericht angenommen⁵. In diesem Bericht wird insbesondere davon ausgegangen, dass die Bemühungen zur Reduktion der klimaaktiven Emissionen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts noch keine grossen Verbesserungen zeigen werden und Extremereignisse in den kommenden Jahren vermehrt auftreten könnten. Gerade auf regionaler und lokaler Ebene sind erst wenige wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse zur Problematik bekannt. Unbestreitbar bleibt aber, dass sich auch in der Gemeinde Bern bereits in den vergangenen Jahren vermehrt extreme Temperaturen und Hochwasser gezeigt haben.

⁴ www.bafu.admin.ch/klima/00509/00514/index.html?lang=de

⁵ http://www.bve.be.ch/bve/de/index/umwelt/umwelt/klima.assetref/content/dam/documents/BVE/AUE/de/aue_umadaptationsstrategie_klimawandel_grundlagenbericht_d.PDF

Insbesondere Ballungsräume, wie beispielsweise grosse Städte, tragen mit der hohen Bevölkerungsdichte und dem grossen Mobilitätsaufkommen wesentlich zu den CO₂-Emissionen bei. Der Gemeinderat ist sich der daraus resultierenden Verantwortung bewusst und unterstützt deshalb die im Postulat formulierten Ziele vollumfänglich. Er vertritt ausserdem die Ansicht, dass Bern nach wie vor die Verminderungsstrategie im Sinne der Ursachenbekämpfung priorisieren soll, da Anpassungsstrategien vor allem in den sensiblen Lebensräumen der Alpen und Voralpen (Hochwasserschutz, Lawinenschutz, Schutz vor Murgängen und Rutschen) sowie in ruralen Gebieten (Hochwasserschutz, Erhalt der Biodiversität, Artenschutz, Schutz vor Pflanzenkrankheiten und -schädlingen, etc.) vordringlich sein werden.

Zu Punkt 1:

Im Rahmen der alle zwei Jahre durchgeführten Berichterstattung wurde im Sommer 2010 der „Statusbericht Umweltmanagement und Energiestrategie“ vom Amt für Umweltschutz herausgegeben. Der aktuelle Bericht ist auf der Webseite des Amtes für Umweltschutz (Umweltmanagement in der Stadtverwaltung) abrufbar⁶. Es wird in der Folge darauf verzichtet, den 76-seitigen Bericht integral beizulegen.

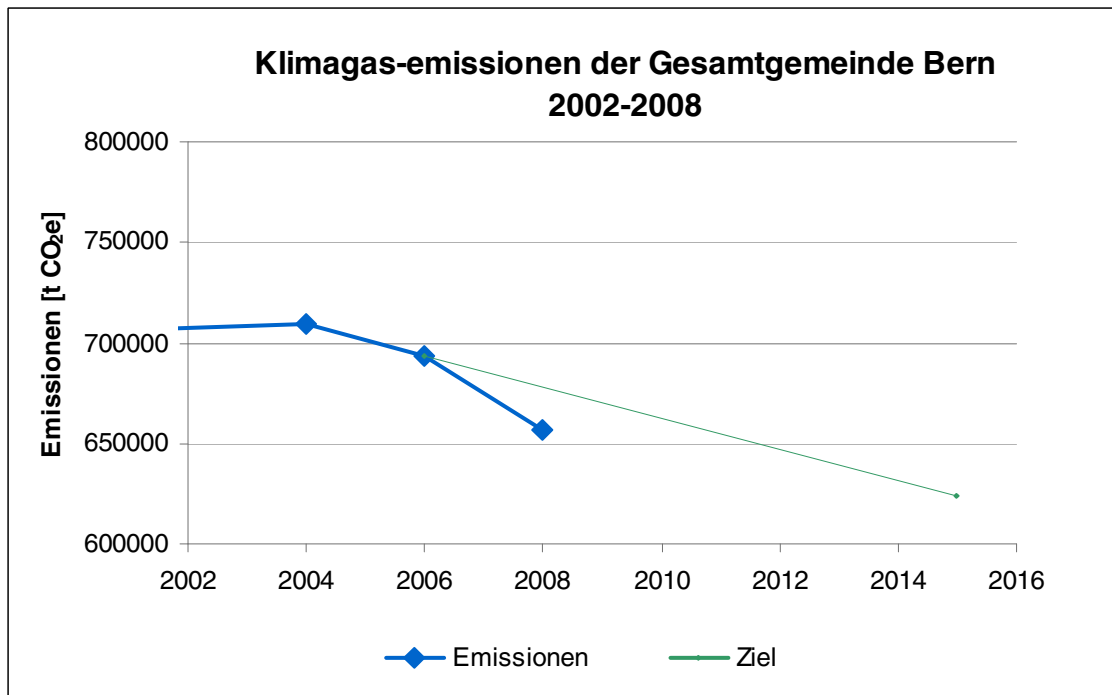
Die in der Energiestrategie 2006 - 2015 aufgeführten Ziele und die dazugehörige Zielerreichung sehen für die einzelnen Parameter folgendermassen aus (Stand Bericht 2010 mit Daten bis 2009):

1. Senkung des Verbrauchs fossiler Energie (Öl, Erdgas) und des CO₂-Ausstosses um 10 %:
Sämtliche Emissionen der Stadt Bern werden nicht als CO₂ sondern als CO₂-Äquivalent (CO₂e) angegeben. Das CO₂-Äquivalent ist ein gerechneter Wert der angibt, wie viel eine festgelegte Menge eines Treibhausgases zum Treibhauseffekt beiträgt (relativ zu CO₂). Neben CO₂ werden hauptsächlich Methan (Faktor 25) und Lachgas (Faktor 298) in die Berechnungen mit einbezogen.

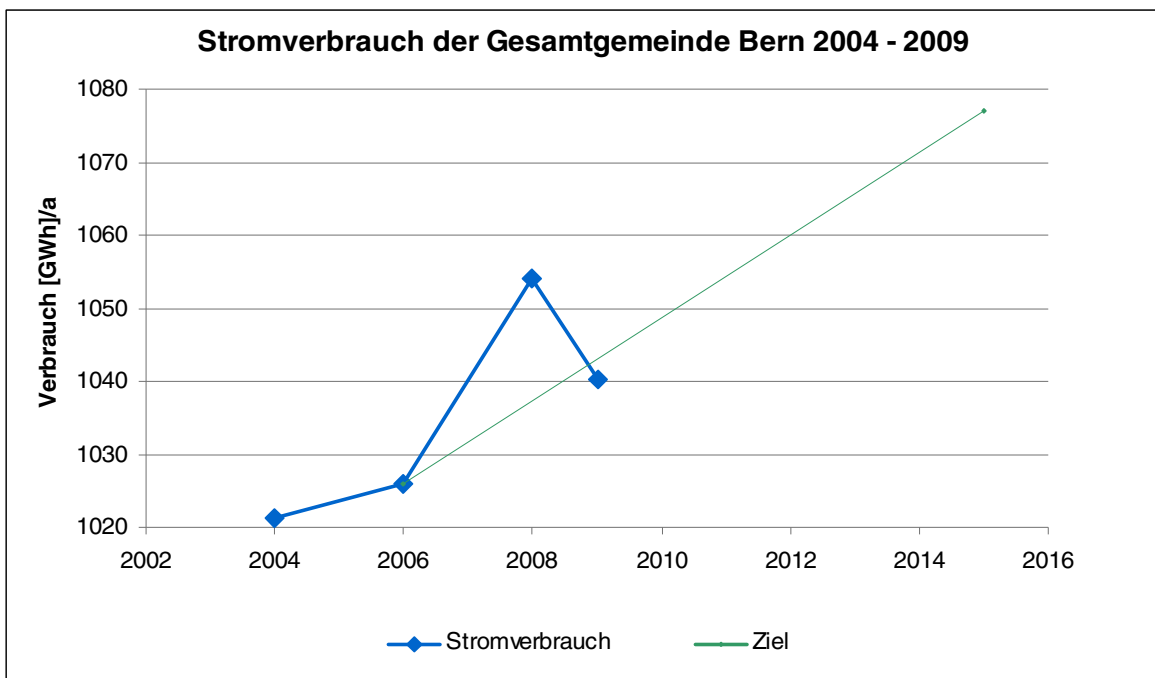
Die letzte Klimagasbilanz wurde für das Jahr 2008 gemacht. Die nächsten Daten werden für das Jahr 2011 erhoben und im „Statusbericht Umweltmanagement und Energiestrategie“ im Jahr 2012 veröffentlicht.

Nachfolgende Graphik zeigt die bisher erhobenen und gerechneten Werte sowie die Zielvorgabe der Energiestrategie der Stadt Bern. Es zeigt sich, dass die Stadt Bern bislang auf Zielkurs ist.

⁶ http://www.bern.ch/stadtverwaltung/sue/aful/umweltundenergie/umweltmanagementsystem/korrigendum_statusbericht_umweltmanagement_und_energiestrategie_2008_und_2009.pdf



2. Begrenzung des Stromzuwachses auf max. 5 %

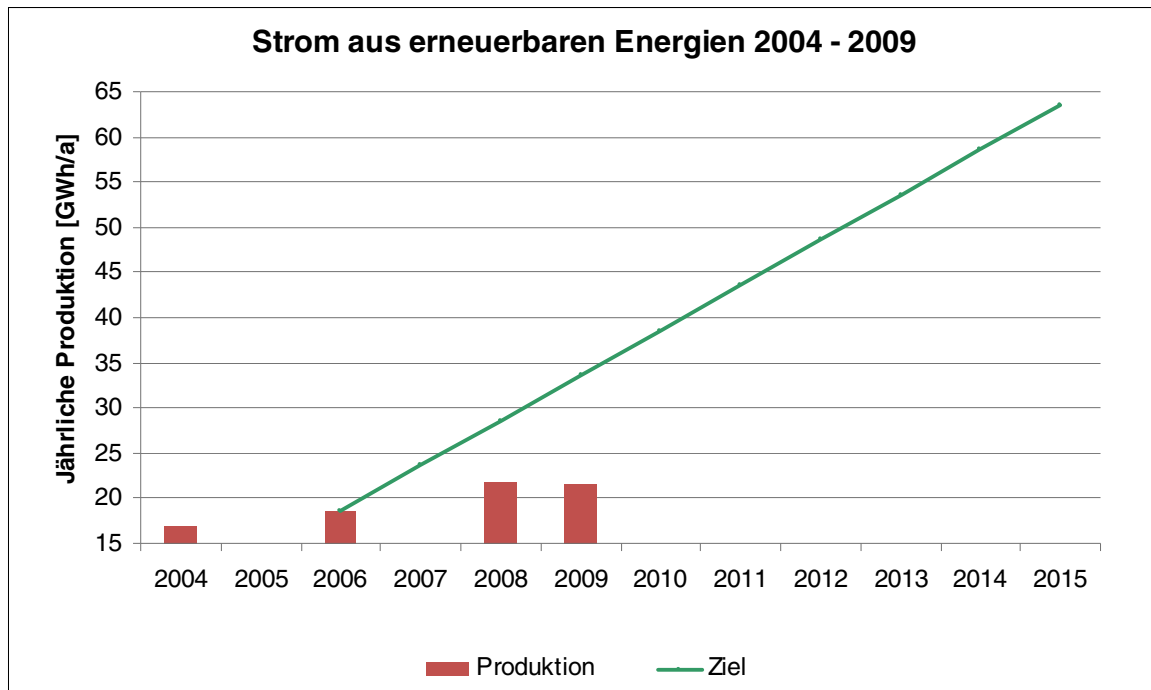


Die Entwicklung des Stromverbrauchs zwischen 2004 und 2009 zeigt, dass ein Teil der Jahr-zu-Jahr-Variation klimabedingt ist. Das zeigt der Peak im Jahr 2008, der auf den kalten Winter mit überdurchschnittlich vielen Heiztagen hinweist. Dieser Peak ist mit dem Stromverbrauch von Wärmepumpen und Elektroheizungen zu erklären. Da dieser Anteil am Stromverbrauch nicht gesondert erhoben werden kann, ist eine quantitative Klimakorrektur schwierig. Auch lässt die vorhandene Datenbasis keine signifikante statistische Analyse zu.

Es zeigt sich, dass auch die Entwicklung des Stromverbrauchs bislang mit den in der Energiestrategie der Stadt Bern definierten Zielen Schritt halten kann. Allerdings wird die Zielein-

haltung tendenziell schwieriger, da Effizienzsteigerungen und Minderverbrauch durch die zunehmende Elektrifizierung der Mobilität konkurrenziert wird.

3. Steigerung der jährlichen Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Quellen (ohne Wasser) um 5 GWh



Die Grafik zeigt die jährlich produzierte Strommenge der erneuerbaren Energien, ohne Wasserkraft. Die leicht rückläufige Menge zwischen 2008 und 2009 ist mit der geringeren Produktion der Kehrichtverbrennungsanlage zu erklären (es wurde weniger Abfall angeliefert).

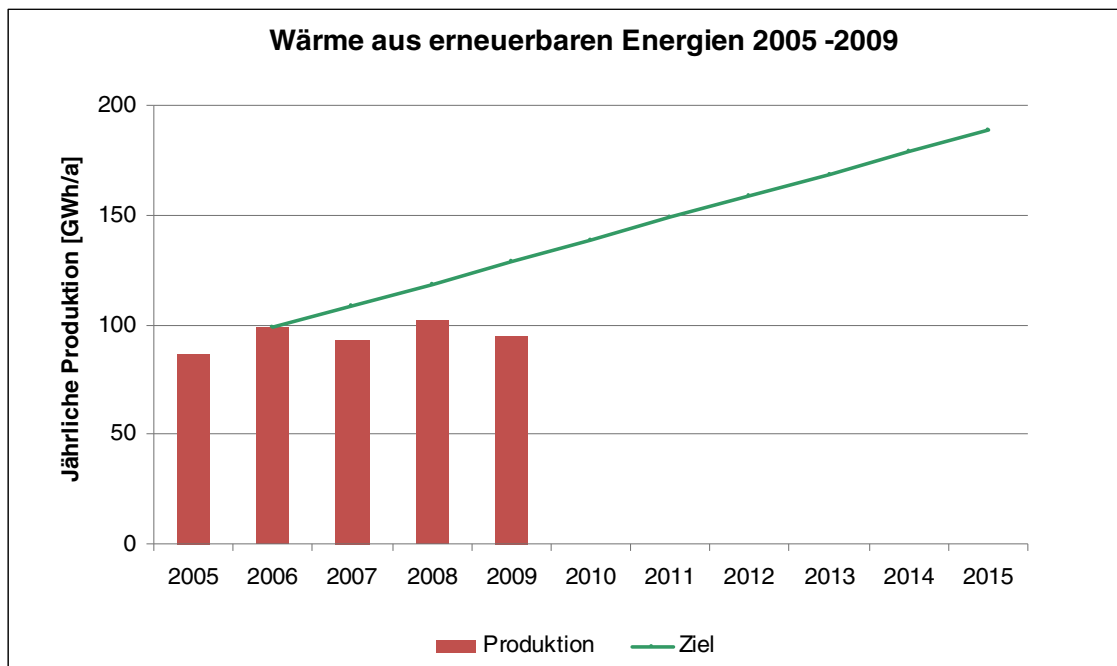
Es zeigt sich deutlich, dass der in der Energiestrategie angestrebte jährliche Zuwachs an neuen erneuerbaren Energien bisher eindeutig verfehlt wurde. Allerdings wird mit Inbetriebnahme des Holzkraftwerks der Energiezentrale Forsthaus ein sprunghafter Anstieg um jährlich 33 GWh zu verzeichnen sein. Der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie bis 2039 und der für ewb damit verbundene Umbau auf erneuerbare Energien werden sich in den kommenden Jahren zusätzlich positiv auf die Zielerreichung auswirken.

Im Rahmen des momentan in Bearbeitung stehenden kommunalen Richtplans Energie für die Gemeinde Bern werden zusätzlich diverse Massnahmenblätter zur Steigerung des Anteils neuer erneuerbarer Energien am Gesamtangebot verfasst. Es geht dabei sowohl um Beteiligungen von ewb an Energieanlagen (Wind, on shore, Sonne, Biogasvergärung, Holz), als auch um den Ausbau der lokalen Ressourcen (insbesondere Sonne). Ergänzt werden diese Leistungen durch Einkauf von neuen erneuerbaren Energien. Es ist davon auszugehen, dass damit das angestrebte Ziel bei weitem übertroffen werden kann.

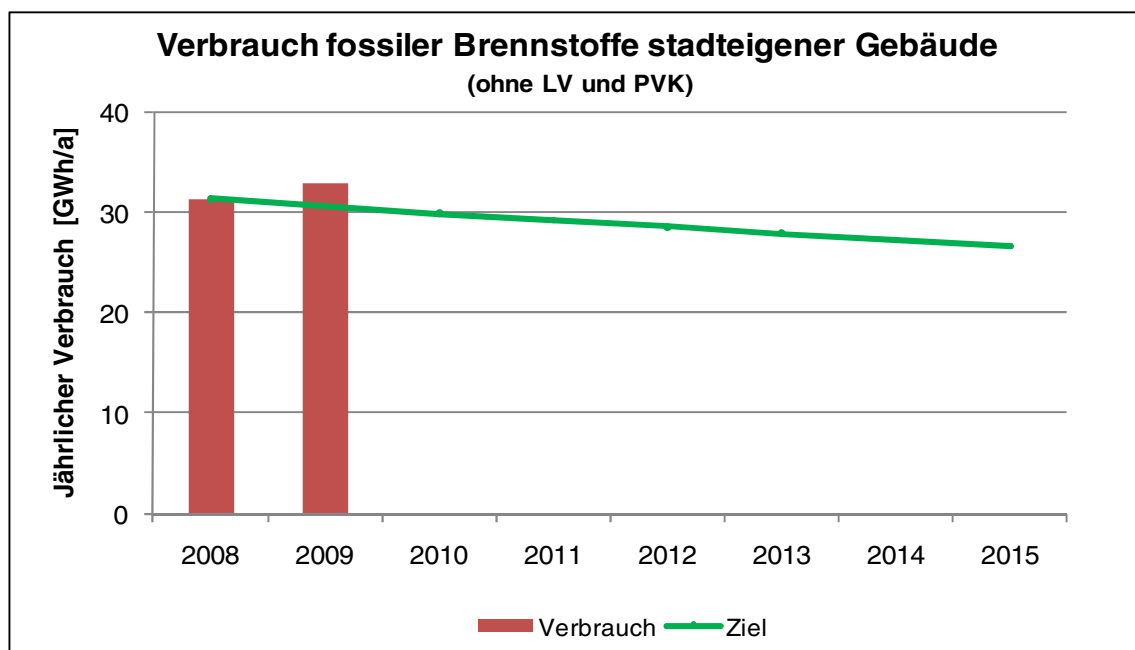
4. Steigerung der jährlichen Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen um 10 GWh

Untenstehende Grafik zeigt die gesamte Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energieträgern (Abfall, Holz, Biogas und Sonnenkollektoren). Auch in diesem Bereich wurde bisher das Ziel, jährlich 10 GWh zuzubauen, klar verfehlt. Die Energiezentrale Forsthaus wird ab 2012 jedoch auch im Bereich Wärme einen beträchtlichen Beitrag zur Zielerreichung leisten. Ausserdem werden im Rahmen des Richtplans Energie für die Stadt Bern verschiedene Massnahmeblät-

ter erarbeitet: Abwärmenutzung aus Industrie und Dienstleistung; (thermische) Nutzung der Holzenergie; Wärmenutzung aus Grundwasser; Wärmenutzung aus Fliessgewässern; Nutzung von Erdwärme; thermische Nutzung der Sonnenenergie.



5. Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe in stadteigenen Gebäuden um min. 15 %

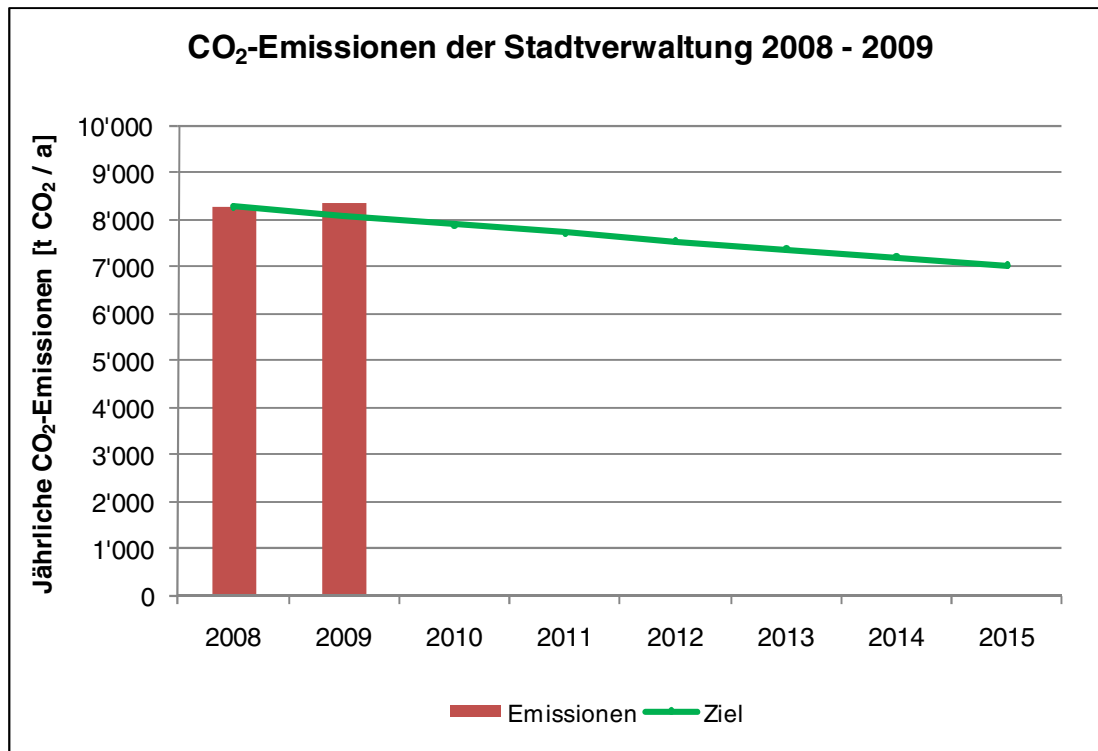


Oben stehende Graphik bildet den Verbrauch fossiler Brennstoffe (heizgradtagbereinigt) ab. Berücksichtigt sind die Gebäude der Stadtbauten Bern. Als fossile Brennstoffe zählen Erdgas, Heizöl und 50 % der Wärme aus Abfällen (Quelle: Stadtbauten Bern). Von der Liegenschaftsverwaltung liegen keine Angaben vor. Massnahmen zur Verringerung des Energiebedarfs städtischer Liegenschaften sollten primär in den Bereichen der energetischen Sanierungen und der Betriebsoptimierung getroffen werden. Ölheizungen sollten, wann immer möglich, durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden. Da es sich bei der Planung und Umsetzung

von Sanierungen um längerfristige Geschäfte handelt, ist in diesem Bereich keine schnelle Veränderung zu erwarten.

Das Amt für Umweltschutz pflegt den Kontakt mit den Stadtbauten Bern. Für das Massnahmencontrolling wird momentan bei den Stadtbauten eine Gebäudedatenbank aufgebaut, die es möglich machen wird, besonders grosse Verbraucher zu identifizieren und entsprechende Massnahmen zur Verringerung des Energiebedarfs zu definieren.

6. Senkung der CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen der städtischen Verwaltung und Treibstoffen der stadteigenen Fahrzeuge um 15 %



Obenstehende Abbildung zeigt die (heizgradtagbereinigten) CO₂-Emissionen. Enthalten sind die Heizungen der Gebäude der Stadtbauten Bern und der Verkehr der gesamten Stadtverwaltung (inklusive Pendlerverkehr). Als fossile Brennstoffe zählen Erdgas und Heizöl. Die Wärme aus dem Kehrrecht wird hier als CO₂-neutral ausgewiesen.

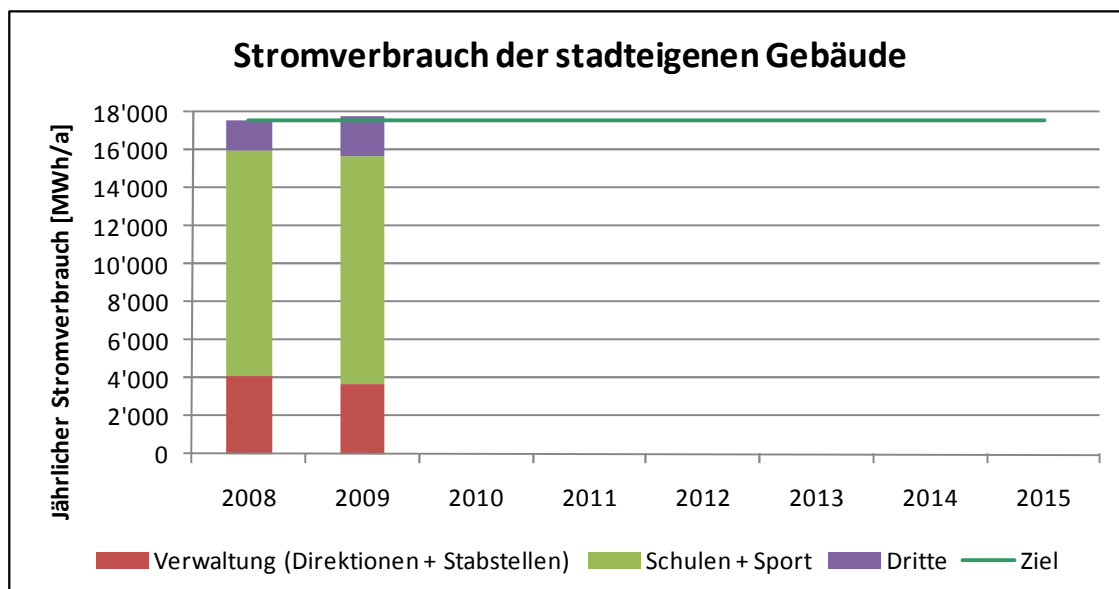
Das Ziel einer Senkung der CO₂-Emissionen der städtischen Verwaltung um 15 % zwischen 2008 und 2015 wurde bisher nicht erreicht. Dieses Resultat beruht allerdings zum Teil auf extrapolierten Zahlen aus dem Jahre 2005 (Pendlerverkehr).

Die Entwicklung im Werkverkehr ist erfreulich (Reduktion der Emissionen um 14 %). Zum Pendlerverkehr werden momentan durch das Amt für Umweltschutz neue Zahlen erhoben.

7. Stabilisierung des Stromverbrauchs der stadteigenen Gebäude auf dem Niveau des Jahrs 2004

Die Datenqualität und die Erhebungsqualität haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert und verbessert (Aufbau einer Gebäudedatenbank bei den Stadtbauten Bern). Deshalb sind die vor 2008 erhobenen Daten nicht mit denjenigen nach dem Jahr 2008 erhobenen vergleichbar (andere Kategorien, andere Gebäudezahl, etc.).

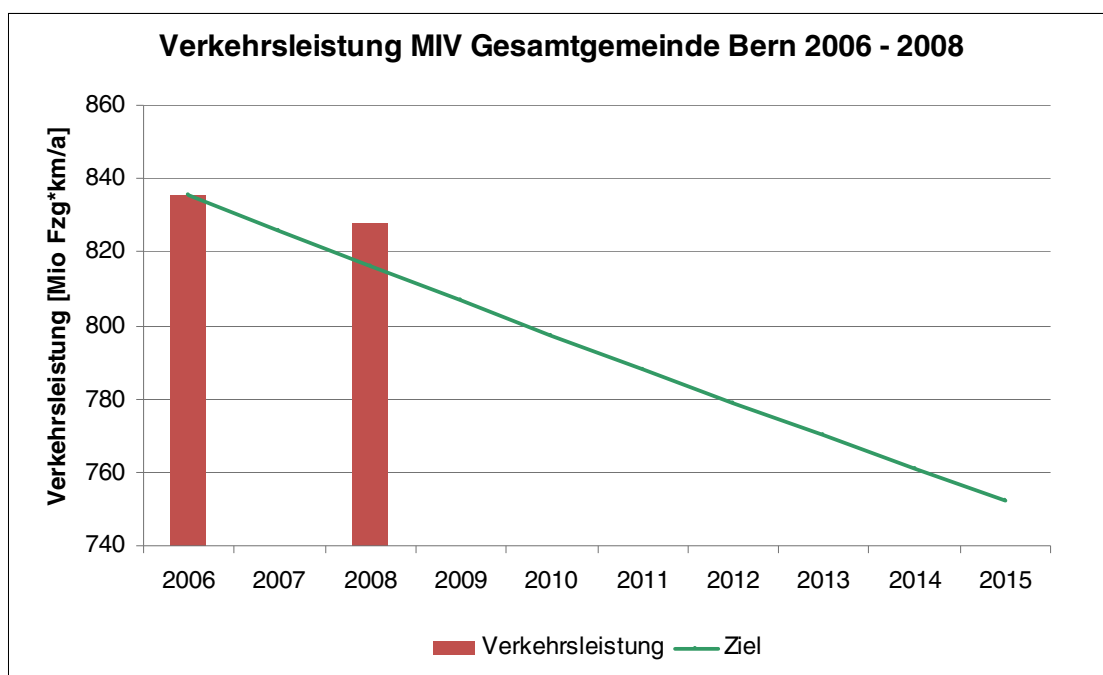
Die nachfolgende Abbildung zeigt den Stromverbrauch aller Gebäude der Stadtbauten Bern und vergleicht den Verbrauch mit dem Zielpfad. Wie aus der Abbildung ersichtlich, hat der Stromverbrauch der städtischen Verwaltung leicht abgenommen. Parallel dazu hat der Stromverbrauch von Dritten, die Gebäude der Stadtbauten Bern mieten, deutlich zugenommen. Dritte gehören nicht der Stadtverwaltung an. Eine Verschiebung des Verbrauchs (anstelle einer tatsächlichen Senkung des Stromverbrauchs) kann nicht ausgeschlossen werden. Deshalb werden in der Grafik sowohl der Stromverbrauch der Verwaltung und der Schulen und Sportanlagen sowie der gesamte Stromverbrauch der Gebäude der Stadtbauten Bern dargestellt.



Der Stromverbrauch der Direktionen, Stabstellen, Schulen und Sportanlagen (ohne Dritte) hat zwischen 2008 und 2009 um 2.2 % (entspricht etwa 45 MWh) abgenommen. Allerdings ist die Datenreihe mit 2 Jahren zu kurz, um daraus Schlüsse ziehen zu können. Es wird deshalb auf eine Interpretation verzichtet.

8. Reduktion des motorisierten Individualverkehrs um 10 %

Nachfolgende Abbildung zeigt die Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs. Berücksichtigt sind die Fahrzeugkategorien PW, Motorräder und Mofas. Quelle ist die Klimagasbilanz der Stadt Bern, die bisher nur zweimal erhoben wurde. Fachleute raten von einer jährlichen Bilanz ab, da die Veränderungen innerhalb eines Jahrs kaum darstellbar sind. Wie schon beim Stromverbrauch erwähnt, ist die Datenreihe zu gering, um daraus Schlüsse zu ziehen. Die nächste Klimagasbilanz wird 2012 mit den Daten von 2011 erstellt und im nächsten Statusbericht Umweltmanagement und Energiestrategie in die Analyse mit einbezogen.



Zu Punkt 2:

Eine kurze Einschätzung der Resultate und Entwicklungen wurde bei der Beantwortung von Punkt 1 bereits abgegeben. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die gesetzten Ziele erreicht werden können. Mit dem Statusbericht Umweltmanagement und Energiestrategie werden im Sommer 2012 die neuesten Erkenntnisse zu den Entwicklungen und zum Zielerreichungsgrad veröffentlicht.

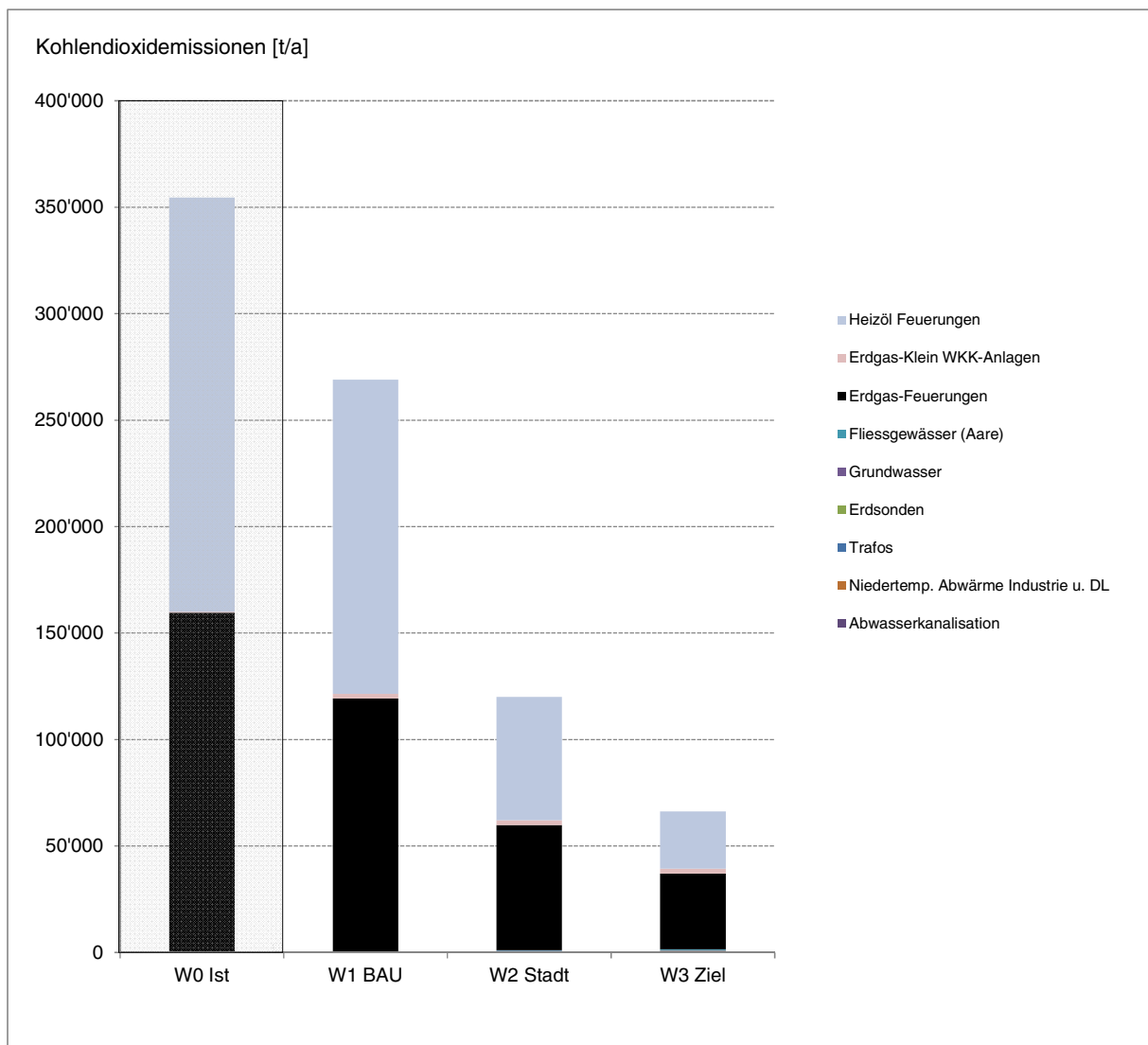
Aktuell ist die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (Amt für Umweltschutz) an der Erarbeitung eines Richtplans Energie für die Gemeinde Bern. Im Richtplan werden folgende Bereichsziele bis 2035 angestrebt:

Wärmeerzeugung/Brennstoffverbrauch:	-20 % gegenüber 2008
Anteil erneuerbare Energie an der Wärmeerzeugung bzw. Anteil an der Brennstoffnachfrage	70 %
Stromverbrauch	Maximal +5 % gegenüber 2008 Innerhalb der Stadtverwaltung stabil
Anteil erneuerbare Energie bei der Stromlieferung	80 %
Bereitstellung Treibstoff aus erneuerbarer Energie	5 %

Der Richtplan Energie wird im Jahr 2012 in die öffentliche Vernehmlassung gegeben und anschliessend vom Kanton (Amt für Umweltkoordination und Energie und Amt für Gemeinden und Raumordnung) begutachtet und genehmigt. Es ist ein behördenverbindliches Planungsinstrument mit mittelfristigen Zielvorgaben. Obgenannte Ziele verlangen eine Anpassung der städtischen Energiestrategie. Die Arbeiten dafür werden nach der Verabschiedung des Richtplans Energie aufgenommen. Die neu auszuarbeitenden Massnahmen zur Umsetzung werden einen Zeithorizont von ungefähr 10 Jahren abdecken und sich an den Bereichszielen orientieren.

Zu Punkt 3:

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Richtplans Energie wurden verschiedene Szenarien zur Durchführbarkeit der Ziele gerechnet. Mit Beschluss vom 6. Juli 2011 hat der Gemeinderat das Amt für Umweltschutz beauftragt, drei der Szenarien weiterzuverfolgen. Konkret werden für die Wärmeversorgung das Szenarium „W3, Ziel“ und für die Stromversorgung die Szenarien E2, Portfolio ewb und E3, Ziel Stadt Bern weiterverfolgt. Die beiden Szenarien für den Strombereich unterscheiden sich lediglich durch die angestrebte Zielmenge. ewb geht für denselben Zeitraum von einem Stromzuwachs von 16 % aus, das städtische Ziel sieht bis 2035 einen Zuwachs von lediglich 5 % vor. Obwohl im Rahmen dieser Antwort nicht die ganzen Szenarienarbeiten vorgestellt werden, werden die Ergebnisse bezüglich der CO₂-Emissionen hier kurz skizziert. Als Beispiel dient nachfolgende Grafik:



Die Grafik zeigt den CO₂-Ausstoss für den Wärmebereich. Die erste Säule „W0 Ist“ bildet dabei den Zustand im Jahr 2008 ab und dient zu Vergleichszwecken. Das vom Gemeinderat zur Weiterbearbeitung empfohlene Zielszenarium zeigt deutlich, dass der CO₂-Ausstoss mit Erreichen des Ziels nicht einmal mehr ein Fünftel der Menge von 2008 beträgt. Der Vollständigkeit halber sei hier noch aufgelistet, was die beiden anderen in der Grafik enthaltenen Szenarien bedeuten: W1 BAU = Business as usual, das heisst, das Angebots-Portfolio bleibt gleich wie heute. Die CO₂-Reduktion resultiert lediglich aus dem Minderverbrauch an fossiler Energie dank energetischen Sanierungen und energieeffizienten Neubauten. W2 Stadt: Dieses Szenarium unterscheidet sich vom Zielszenarium durch einen geringeren Deckungsgrad

mit erneuerbaren Energien bei der Wärmenachfrage (54 % anstatt 70 %). Beide Szenarien gehen davon aus, dass die Nachfrage für Heizenergie bis 2035 um 20 % sinken wird.

Da ewb keine Energie aus fossilen Kraftwerken bezieht, ist der CO₂-Ausstoss bei der Stromproduktion vergleichsweise gering. Im Jahr 2008 waren es insgesamt nur 7 000 t/a, also rund 2 % dessen, was im Wärmebereich ausgestossen wird. Mit dem Atomausstieg und der Inbetriebnahme der Energiezentrale Forsthaus wird der CO₂-Ausstoss für die Stromproduktion vorübergehend steigen, was auf die Inbetriebnahme des GuD-Kraftwerks zurückzuführen ist. Diese Zunahme ist zwar unschön, zu bedenken ist aber, dass die Stromproduktion der Energiezentrale Forsthaus mit ungefähr einem Drittel weniger CO₂-Ausstoss zu Buche schlägt als dies dieselbe Menge Strom beim Kauf auf dem Strommarkt tun würde. Die Anlage wird voraussichtlich bis zum Jahr 2032 abgeschrieben und im Zieljahr des Richtplans Energie 2035 ungefähr 3 Jahre nicht mehr am Netz sein. Es handelt sich also ganz eindeutig um eine Übergangstechnologie, die im Zusammenhang mit dem vom Berner Stimmvolk beschlossenen Atomausstieg die Versorgungssicherheit zu ökonomisch und ökologisch vertretbaren Konditionen garantiert. Bei ewb sind umfangreiche Abklärungen im Gang, die sich bereits jetzt mit möglichen Nachfolgetechnologien auseinandersetzen. Die tiefe Geothermie wird dabei besonders intensiv studiert. Im Jahr 2035 wird der CO₂-Ausstoss der beiden Zielszenarien bei ca. 20 000 t/a liegen. Das heisst, der Gesamtausstoss an CO₂ (für Wärme und Strom) wird laut heutigem Wissensstand im Jahr 2035 bei unter 100 000 t/a liegen, was rund einem Viertel des heutigen Ausstosses entspricht. Aus Sicht des Gemeinderats sind deshalb keine weiteren Massnahmen notwendig.

Zu Punkt 4:

Alle Direktionen und Abteilungen pflegen ausgedehnte Netzwerke mit anderen Städten im In- und Ausland. Das Amt für Umweltschutz beteiligt sich beispielsweise im Energiesektor aktiv am Programm Energie Schweiz für Gemeinden, ist im Rahmen der Erarbeitung des Richtplans Energie mit umliegenden Gemeinden im Kontakt, tauscht sich auf nationaler Ebene in den „ERFA grosse Städte“ aus, hatte beim Audit für das Energiestadt-Gold Label einen österreichischen Auditor, wodurch das Netzwerk ausgebaut werden konnte und hatte an der 4. Internationalen Expertenkonferenz vom 27./28. Oktober 2011 in Freiburg im Breisgau ausführlich Gelegenheit, sich mit internationalen Kapazitäten aus dem Bereich der erneuerbaren Energien auszutauschen. Ausserdem bestehen Kontakte zur ETH und den Universitäten und zu diversen national und international tätigen Umwelt- und Nachhaltigkeitsinstitutionen. Im Rahmen übergeordneter Gesetze, Vorschriften und Programme sind auch gute Kontakte zu kantonalen und nationalen Fachstellen vorhanden. Ein regelmässiger kantonaler Austausch findet ausserdem an den zwei Mal jährlich stattfindenden kantonalen Energieberater tagungen statt. Ein ausgedehntes nationales und internationales Netzwerk bezüglich der Themen erneuerbare Energie und Klimaerwärmung ist ebenfalls bei ewb vorhanden und wird gut gepflegt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Alle im Postulat geforderten Punkte werden bereits im Rahmen anderer Programme, Prozesse oder Projekte abgedeckt. Insofern besteht aus der Sicht des Gemeinderats kein zusätzlicher Handlungsbedarf und es entstehen keine zusätzlichen personellen oder finanziellen Bedürfnisse.

Bern, 30. November 2011

Der Gemeinderat